

Sie kennen ihn

SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz wurde im Wahlkampf-Windschatten lange nicht beachtet. Ändert sich das gerade? | Von Andreas Rinke

Der Bundestagswahlkampf geht gerade in seine nächste Phase: Mehrere Wochen hatten sich vor allem Union und Grüne im heraufziehenden Wahlkampf beharkt. Auch in der Wahrnehmung der Medien ging es nur darum, ob denn nun Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet oder Grünen-Konkurrentin Annalena Baerbock ins Kanzleramt einziehen würde. Zwar durfte SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz an den bisherigen Triells teilnehmen. Aber die SPD wurde in der Berichterstattung als abgeschlagener Dritter teilweise nicht einmal mehr erwähnt.

Doch dies hat sich nun geändert. Entgegen der CSU-Wahlkampf-Weisheit, dass man nicht mit einer „Schlafwagen“-Strategie ins Kanzleramt kommt, punktete Scholz lange gerade dadurch, dass er überhaupt nicht auffiel. Dies half in der zurückliegenden Wahlkampfphase, die weniger von inhaltlichen Debatten als vielmehr von Fehlern der Kandidaten bestimmt war. Sowohl Baerbock als auch Laschet leisteten sich Patzer und mussten sich dafür entschuldigen. Lustvoll arbeiteten sich Anhänger von Grünen und Union aneinander ab – teilweise auch mit verbalen Tiefschlägen. Die gegenseitige Genervtheit ließ nur noch wenig von den früheren schwarz-grünen Zusammenarbeiten erahnen. Geholfen hat dies keiner der beiden Parteien.

Da fiel kaum auf, dass der dritte Mann in den Debatten fehlte. Je nachdem, wen man fragt, machte Scholz entweder gar nichts oder aber keine Fehler. Das passt zu der bereits 2020 beschlossenen Hoffungsstrategie der SPD, dass die deutschen Wähler bei zunehmender zeitlicher Nähe zur Bundestagswahl immer stärker nachdenken, wem aus dem Trio sie wirklich das Kanzleramt vertrauen. Dann soll Scholz die Partei aus dem dauerhaften Umfragenloch um die 15 Prozent ziehen – so der Plan. Den beschei-



Hier kommt Scholz?

den gewordenen Sozialdemokraten reicht diesmal dabei schon ein Wert um die 20 Prozent, um eine echte Machtperspektive zu sehen.

Interessanterweise kopiert die SPD damit einen von ihr selbst immer wieder kritisierten Politikstil der Union. Als Kernbotschaft will der Vizekanzler zwar zum einen das sozialdemokratische Traditionsimage der „Gerechtigkeit“ vermitteln – zum anderen und vor allem aber Stabilität an der Spitze. Anders als die Grünen setzt die SPD eben nicht auf einen Bruch mit der Ära Merkel. Im Gegenteil will Scholz als der wahre Erbe der immer noch beliebtesten Politikerin wahrgenommen werden. Die suggerierte Botschaft lautet wie früher bei Angela Merkel: „Sie kennen mich.“

Und die Kanzlerin tut derzeit einiges dafür, um diesen Eindruck sogar noch zu unterstützen, weil sie sich nicht offen an die Seite von Laschet stellt. Als ob sie dem Wahlkampf schon um Lichtjahre entrückt

sei, sagte die ehemalige CDU-Vorsitzende in ihrer Sommerpressekonferenz, dass sie der CDU „nahestehe“. Das sorgte für Gelächter und eine Ergänzung, dass sie natürlich CDU-Mitglied sei. Aber von der Parteien-Distanz der Kanzlerin profitiert Scholz.

Dazu kommt aber auch, dass es der SPD derzeit gelingt, ihre größte Schwäche abzulegen oder zumindest zu verstecken: ihre traditionelle Zerstrittenheit. Das unwahrscheinliche Quartett aus dem Hanseaten Scholz, den beiden Parteivorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans und

dem jungen Wilden Kevin Kühnert liefert dem Publikum derzeit keine offenen Grabenkämpfe.

Dagegen erwecken der CSU-Vorsitzende Markus Söder und Laschet gerade wieder den Eindruck, als ob sie auf eine Neuaufgabe im Streit um den besseren Unions-Kanzlerkandidaten zusteuern. Bei den Grünen sorgten die als vorsichtige Distanzierung wahrgenommenen Bemerkungen von Robert Habeck über Baerbock dafür, dass die Partei ihr größtes Pfund zu verspielen droht: den Auftritt eines gut gelaunten, positive Energien ausstrahlenden und harmonischen Duos. Scholz als lachender Dritter ist deshalb der Gewinner zumindest dieser Zwischenetappe des Wahlkampfes. Im neuen ZDF-Politbarometer liegt er bei der Frage nach der Kanzlerpräferenz in Führung. Erkennbar versucht der Vizekanzler nun, eine ihm zugeschriebene Schwäche auszubügeln – fehlende Empathie. Auftritte wie etwa bei der Frauenzeitschrift *Brigitte* dienen

der „Menschwerdung“ des Finanzministers. Er sei ja schließlich kein „Untoter“, witzelt Scholz dabei.

Allerdings: Noch sind es acht Wochen bis zur Bundestagswahl. Und wer aus dem Windschatten der anderen tritt, wird selbst mehr Gegenwind zu spüren bekommen. Sollte die SPD etwa in Umfragen zu den Grünen aufschließen können, wird sich die politische Schlachtaufstellung noch einmal ändern. Dann werden sich Grüne und SPD stärker beharken. Die Grünen als selbsternannte Gralshüter der Klimaschutzpolitik müssten nicht nur die Union angreifen, sondern auch die SPD.

Das liegt schon daran, dass Baerbock überhaupt nur eine Option auf das Kanzleramt hat, wenn sich ihre Partei zumindest auf Platz zwei behaupten kann. Schon aber streuen politische Spin-Doktoren, dass die Grünen Scholz auch die Kanzlerschaft antragen könnten, wenn sie nur knapp vor den Sozialdemokraten landen: Denn mit Scholz an der Spitze, so die Theorie, könne man FDP-Chef Christian Lindner dazu bringen, einer Ampel aus SPD, Grünen und Liberalen zuzustimmen.

Vorboten dieses nun auch rot-grünen Positionierungskampfes gibt es bereits: „Wo Union und Grüne in der Regierung sind, hinken die Bundesländer beim Bau neuer Windkraftanlagen hinterher“, giftete Scholz auf Twitter. Prompt reagierte eine ganze Riege von Grünen empfindlich und empört. „Ich fordere Sie hiermit auf, diese Falschdarstellung mit Blick auf Schleswig-Holstein zu korrigieren. Es ist ein Armutszeugnis, dass Sie und die SPD jetzt schon mit Lügen im Wahlkampf punkten wollen. Was ist das für ein Niveau?“, twitterte Schleswig-Holsteins Umweltminister Jan Philipp Albrecht empört. Die nächste Wahlkampfphase hat gerade erst begonnen.

ANDREAS RINKE
ist politischer Chefkorrespondent der Nachrichtenagentur Reuters.

Schafft endlich die Geheimwahl ab!

Lehren aus den Thüringer Regierungsskandalen um die Auflösung des Landtags | Von Frank Decker

Die Thüringer Posen nehmen kein Ende. Nach der „versehentlichen“ und später „zurückgenommenen“ Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten mit den Stimmen der AfD im Februar 2020 haben die Rechtspopulisten mit dem Konstruktiven Misstrauensvotum gegen Bodo Ramelow jüngst erneut einen publikumswirksamen Versuch unternommen, den politischen Gegner vorzuführen. Dabei machten sie sich einen Umstand zunutze oder besser: wollten ihn sich zunutze machen, der schon seinerzeit in den Kommentaren wenig beachtet wurde, nämlich die Bestimmung, dass die Wahl des Ministerpräsidenten in geheimer Abstimmung stattfindet.

Das Kalkül, das die AfD verfolgte, lag auf der Hand. Hätte ihr Kandidat Björn Höcke mehr als die 22 Stimmen der eigenen Abgeordneten bekommen, wäre die These der stabilen demokratischen „Brandmauer“ zum Rechtspopulismus und -extremismus erschüttert worden. Bei einem etwas genaueren Blick in die Geschichte der erfolgreichen und nicht erfolgreichen Misstrauensvoten in der Bundesrepublik (auf Bundes- wie Länderebene) hätte Höcke freilich voraussehen können, warum sein Plan nicht aufgeht. Indem nämlich die CDU-Fraktionsführung ihre Abgeordneten vorsorglich darauf verpflichtete, die Abstimmung zu boykottieren, also gar nicht an ihr teilzunehmen, war die Gefahr möglicher Abweichler aus den eige-

nen Reihen gebannt – die AfD stand so am Ende mit ihren 22 Stimmen allein da.

Dieselbe Strategie hatte der legendäre SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner im Bundestag bereits 1972 verfolgt, um das von der CDU/CSU angestrebte Misstrauensvotum gegen Kanzler Willy Brandt zum Scheitern zu bringen – wie man weiß, erfolgreich. Wehner orientierte sich dabei seinerseits an einem noch länger zurückliegenden Fall in der Hamburger Bürgerschaft, wo 1956 ein von der SPD initiiertes Misstrauensvotum durch den Abstimmungsboykott der CDU-Fraktion abgewehrt worden war. Mithilfe des Koalitionspartners FDP wurde die Strategie 1972 sogar noch „verfeinert“: Indem diese eine kleinere Zahl von „sicheren“ Abgeordneten ins Rennen schickte, sollten potenzielle Abweichler auf der Gegenseite vor „Entdeckungsgefahr“ geschützt und zur Stimmabgabe für Brandt ermuntert werden.

Die Thüringer Regierungsparteien haben das Verhalten der CDU zu Recht kritisiert. Abstimmungsboykotte unterminieren das grundgesetzlich verbrieft freie Mandat des Abgeordneten. Dennoch ist die Kritik etwas scheinheilig. Die CDU hat ihr Vorgehen damit gerechtfertigt, dass die Regierungsparteien bei einer vollständigen Teilnahme an der Abstimmung hätten versucht sein können, ihr zusätzliche Höcke-Stimmen „unterzubuheln“, was diese selbstverständlich empört zurückwies. Dennoch wäre ihre

Kritik glaubwürdiger, wenn sie die institutionelle Ursache der gegenseitigen, Misstrauen erweckenden Verdächtigungen zumindest mitbedenken würde, nämlich das Festhalten an der geheimen Stimmabgabe.

Bei einer offenen Abstimmung, wie sie in den Parlamenten bei allen Gesetzesentscheidungen und sonstigen Beschlüssen üblich und aus demokratischer Sicht geboten ist, wären weder die jetzige Posse noch die Wahl Kemmerichs vor einem Jahr in dieser Form möglich gewesen. Bei der Ministerpräsidentenwahl hatte die AfD ihren eigenen Kandidaten im dritten Wahlgang bekanntlich nur zum Schein aufgestellt, um unter dem Deckmantel der Geheimwahl unentdeckt für Kemmerich stimmen zu können, was dem FDP-Politiker zusammen mit den eigenen und den CDU-Stimmen die Mehrheit einbrachte.

Die geheime Abstimmung ist mit demokratischen Grundsätzen unvereinbar, weil sie die Abgeordneten von der Pflicht ent-

bindet, für ihr Verhalten einzustehen, es vor der Wählerschaft zu rechtfertigen. Sie lässt sich auch nicht – obwohl dies immer wieder behauptet wird – mit dem Schutz des freien Mandats rechtfertigen, das ansonsten ja auch durch die offenen Abstimmungen über die Gesetze bedroht wäre. Der verfassungsrechtliche und -politische Widerspruch der Geheimwahl lässt sich zugleich daran ablesen, dass sie beim Konstruktiven Misstrauensvotum – das gleichbedeutend mit der Wahl eines Regierungschefs ist – greift, nicht aber, wenn der Regierungschef selbst die Vertrauensfrage stellt.

Der letztgenannte Aspekt verweist auf ein weiteres Problem des Thüringer Falls. Ursprünglich hatten sich die Regierungsparteien ja mit der Union auf die Herbeiführung vorgezogener Neuwahlen im Wege einer Selbstauflösung des Parlaments verständigt, wofür laut Verfassung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Das Vorhaben scheiterte, weil die CDU nicht in der Lage war, der Regierungsidee die nötigen Stimmen fest zuzusagen, Linke, SPD und Grüne aber ihrerseits darauf bestanden, dass eine Mehrheit für die Auflösung ohne die Stimmen der AfD zustande kommt. Warum hat Ramelow dann nach der Ankündigung der CDU, die bis zu den jetzt geplatzten Neuwahlen verabredete Tolerierung von Rot-Rot-Grün zu beenden, nicht einfach die Vertrauensfrage gestellt und so den Weg für

eine Parlamentsauflösung mit lediglich einfacher Mehrheit frei gemacht?

Die Antwort gibt Art. 50 Abs. 2 der Thüringer Verfassung, der dem Landtag die Möglichkeit offenlässt, bei einer abgelehnten Vertrauensfrage innerhalb von drei Wochen einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Weil dafür im dritten Wahlgang bereits eine relative Mehrheit genügt (sogar eine Wahl mit nur einer Stimme wäre theoretisch denkbar), könnte die Wahl eines AfD-Kandidaten dann nur durch einen Gegenkandidaten verhindert werden, der nach Lage der Dinge natürlich wieder Bodo Ramelow hieße. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob es von der Regierungsidee tatsächlich klug war, auf einer eigenen Zweidrittelmehrheit der demokratischen Parteien bei der Selbstauflösung zu beharren.

So verwerflich es gewesen ist, vor einem Jahr einen Ministerpräsidenten mit AfD-Stimmen ins Amt zu bringen, so wenig verwerflich wäre es jetzt, die AfD-Stimmen bei der Auflösungsentscheidung „mitzunehmen“, wo doch diese Entscheidung im Prinzip von allen demokratischen Parteien gewollt ist. Dass die AfD bei der Abstimmung erneut das Spielchen spielen könnte, gegen ihre eigene Ankündigung zu stimmen, sich also Neuwahlen zu verweigern, ist kaum anzunehmen, da über die Auflösung – anders als über die Wahl des Regierungschefs – in offener Abstimmung entschieden wird.

PROF. DR. FRANK DECKER
lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn. Er ist Autor des Standardwerks „Parteiendemokratie im Wandel“, das 2018 in aktualisierter Fassung im Nomos Verlag erschien.

AUF DEN ZWEITEN BLICK



INGE KLOEPPER

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

Grabenkämpfe

Richard Wagner traute Frauen nicht allzu viel zu. Schon gar nicht eine Führungsrolle. „Die Musik ist ein Weib“, schrieb er einst. Sie sei nur ein Gebärdender, keinesfalls ein zeugender Organismus. Erst wenn sie von den Ideen des Tondichters befruchtet sei, würde sie lebendige Melodien hervorbringen.

So wenig Sinn diese Allegorie ergibt, so aufschlussreich ist sie im Hinblick auf das Frauenbild des Musikgenies. Frauen hatten nach seinen Vorstellungen stets dienende, niemals führende Funktionen. Schon vor diesem Hintergrund nimmt es kaum Wunder, dass man sich erst nach 145 Jahren Festspielgeschichte in Bayreuth getraut hat, zur Eröffnung eine Frau ans Pult zu lassen.

Oksana Lynyiv Aufritt war furios, ein atemberaubender Triumph, die Musikwelt aus dem Häuschen, das Publikum begeistert. Ja – Frauen können führen, mit dem Taktstock so oder so nicht schlechter als Männer, nur ließen diese sie unter Anführung krudester Argumente bisher nicht ran. Das beliebteste: Die Frauen seien eben noch nicht so weit. Seit Lynyiv Debüt in Bayreuth, wo sie den „Fliegenden Holländer“ dirigierte, müsste damit eigentlich endgültig Schluss sein. Wird es aber nicht so schnell.

Bis heute kann man sich fragen, warum in der klassischen Musik die großen Bühnen überwiegend den Männern gehören. Das zeigen die Konzertprogramme der renommierten Veranstalter jedes Jahr aufs Neue. Dabei sind seit vielen Jahren die Studentinnen in den Konservatorien in der Überzahl. Im Fach Dirigieren machen sie 40 Prozent aus.

Die Antwort darauf hat weder etwas mit mangelnden Fähigkeiten oder fehlender Durchsetzungskraft der Frauen zu tun. Sie ist einer ganz anderen Sorge der noch immer männlich dominierten Musikszene geschuldet. Es geht schlicht und einfach um die begrenzte Anzahl an Posten, um die sich fortan eine größere Zahl von Künstlerinnen und Künstlern bewirbt, weil für die besten Stellen eben nicht mehr nur Männer, sondern auch außergewöhnliche Frauen antreten. Für männliche Musiker reduzieren sich dadurch die Chancen erheblich. Nicht nur für so manchen Dirigenten ist das existenziell. Das Bayreuther Dirigat des „Fliegenden Holländers“ kann eben nur einmal vergeben werden.

Blieben wir zuversichtlich: Auch wenn sich Wagner im Grabe umdrehen würde, werden Festspiele kommen, an denen nicht nur eine, sondern mehrere Dirigentinnen auftreten, so wie jedes Jahr auch mehrere Dirigenten engagiert werden. Schon bald wird das alles keine Sensation mehr sein, sondern nur noch manch ambitionierten Dirigenten schmerzen. Und Richard Wagner: Wenn er einer solchen Vorstellung beiwohnte, ohne die Gelegenheit zu bekommen, einen Blick in den Graben zu werfen, er würde es wahrscheinlich noch nicht einmal bemerken.